

Echo de Paris zu den Besprechungen.

Paris, 14. Oktober. In der gleichen Weise wie die Agenten des Sonderberichterstatters der französischen Bündner Schilberungen über die gestrigen Besprechungen zwischen Macdonald und Herrriot. Diese Einmütigkeit fällt auf, u. daher muß man die Nachrichten auch mit den nötigen Vorhalten aufnehmen und immer daran denken, daß es bei stilischen ähnlichen Anlässen genau so gewesen ist, wo der französischen Deftlichkeit dargestellt wurde, als wenn nur auf der Gegenseite nachgegeben worden ist.

Der Außenpolitiker des Echo de Paris bemerkt, man spiele mit Worten, wenn man behauptet, daß nach der Einigung der vier Mächte die Abriegelungskonferenz noch Entscheidungsfreiheit haben würde. Entscheidungen würden eben ohne Befragung der Mehrheit der Staaten getroffen. Herrriot sei es den Verbündeten Frankreichs schuldig, sich formal sein Recht vorzuhalten, während der geläufige Dauer dieser Vierersonderung frei mit ihnen in Verbindung zu bleiben. Herrriot möge den Präsidentenfall von Suzanne nicht vergessen. Im Grunde genommen hätten die französische und englische These nicht viele gemeinsame Punkte. Als solche könne man allerdings nennen: Keine Wiederaufrüstung Deutschlands und keine einseitige Rücksicht internationaler Verträge. Praktisch bedeuten diese Grundsätze aber nicht viel.

An anderer Stelle greift Echo de Paris die Behauptung auf, daß es Briefe gebe, die Macdonald während des Krieges an bekannte Pazifisten geschrieben habe, und fragt, ob diese Briefe im Falle ihrer Veröffentlichung nicht geeignet wären, seine Autorität als englischer Ministerpräsident zu beeinträchtigen und ihn einzuschüchtern.

Die geplanten Milderungen der Notverordnung.

Erhöhung der Unterstützungsätze.

Berlin, 14. Oktober. (Eig. Meldg.) Der Reichsarbeitsminister hat die Gewerkschaften und die Spartenverbände der beteiligten Organisationen für den kommenden Sonnabend zu einer Besprechung eingeladen, um über die Milderungen der durch die Notverordnung vom 16. Juni 1932 erfolgten Rentenversicherungen, sowie über die Erhöhung der Sähe in der Arbeitslosenversicherung für die Wintermonate zu verhandeln.

Wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, wird die Erhöhung der Sähe in der Arbeitslosenversicherung in der Weise gedacht, daß man einen besonderen Winterzuschlag einführt, der auf die Monate November 1932 bis März 1933 beschränkt bleibt und dessen Höhe nach dem Familiestand gestaffelt wird. Weiter soll eine Reihe von Hörfällen ausgleichen werden. Auch für die Krankenversicherung denkt man an eine beschränkte Wiedereinführung der Wehrleistungen, die durch die Notverordnung vom 8. 12. 1931 unterbunden wurden.

In der Unfallversicherung erwartet man eine Beseitigung derjenigen Hörfällen, die sich durch die Bestimmungen der Notverordnung vom 14. Juni 1932 ergeben, nach denen alle Renten aus der Zeit vom 1. Juli 1927 bis zum 31. Dezember 1931 um 15 v. H., die Renten für alle übrigen Unfälle um 7½ v. H. vermindert wurden.

Auch bei der allgemeinen Rentenversicherung denkt man an eine Abänderung der Bestimmungen der Notverordnung vom 14. Juni insoweit, daß den einzelnen Versicherungen die Ergänzung der gesetzlichen oder Regelleistungen durch Mehrleistung auch weiterhin gestattet bleibt bzw. jetzt gestattet wird.

Das Ergebnis dieser Besprechungen mit den Vertretern der Gewerkschaften wird Mitte der kommenden Woche Gegenstand einer Kabinetsberatung sein.

Die Arbeitsbeschaffung.

Berlin, 13. Oktober. Im Reichsfinanzministerium sind die Tage Verhandlungen über eine Erweiterung der Arbeitsbeschaffungspläne geführt worden. Es handelt sich dabei aber nicht, wie von einem Berliner Mitteleinstellung berichtet wurde, um einen Ausschnitt aus dem Gereleplan, sondern um vor längerer Zeit gefasste Kabinettsbeschlüsse, wonach die ursprünglich im Haushalt vorgesehenen 185 Millionen für die Arbeitsbeschaffung um 200 Millionen erhöht werden sollen. Die Beschaffung dieser Summe dürfte im wesentlichen nicht auf haushaltmäßiger Weise, sondern auf dem Kassenweg, voraussichtlich also durch Beschaffung, angestrebt werden. Die Reichsregierung wird dabei auf keinen Fall Plänen zustimmen, die die deutsche Währung oder den Kredit in irgendeiner Weise gefährden können.

Diese 200 Millionen sollen für folgende Zwecke bestimmt sein: Strafenbau 40 Millionen, Bodenverbesserungen 20 Millionen, Sachosten beim Freiwilligen Arbeitsdienst 20 Millionen, Wohnungswesen 30 Millionen, Abwarten von Schiffen 12 Millionen, landwirtschaftliche Siedlung 40 bis 50 Millionen, sonstige Notstandsarbeiten rund 40 Millionen.

Der Verfassungsstreit Preußen-Reich vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 13. Oktober. Auch der vierte Verhandlungstag war wieder ein Tag der Parteiklärungen. Über immerhin ist man soweit gekommen, daß am Abend in die Verhandlung über die Bedeutung des Absatz 2 des Artikels 48 eingetreten werden konnte.

Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen des Professors Schmitt über den Vergleich des Verhältnisses Preußens mit dem etwaigen gleichgearteten Verhältnissen anderer Länder oder Landesregierungen. Es werde immer auf den oldenburgischen Staatspräsidenten abgehoben, der auch in unfreundlichen Tönen von der Reichsregierung spricht. Hier müsse man aber wohl berücksichtigen, daß es immer etwas anderes sei, ob solche Dinge geschehen durch eine Regierung, die 200 000 Mann Schuppenpolizei, ein großes Beamtenteam und die Eiserne Front hinter sich habe, oder ob ein kleines Land in Frage komme. Man schaue doch nicht mit Kanonen nach Spanien.

Der Vertreter der Reichsregierung erklärte, daß die Reichsregierung selbst das größte Interesse daran hätte, den derzeitigen vorübergehenden Zustand in Preußen durch einen endgültigen Zustand abzusichern.

Ein Zusammenspiel erfolgte zwischen dem Professor Heller und dem Vorliegenden. Professor Heller, der Vertreter der SPD-Fraktion des preußischen Landtags, mußte sich eine ernsthafte Durechtweisung durch den Reichsgerichtspräsidenten gefallen lassen, als er, sichtlich ohne wissenschaftliche oder juristische Veranlassung die Vertreter der Reichsregierung ersuchte, nochmals eine Darstellung für die Gründe der Amtsenthebung der flaggenden Minister zu geben.

Eine Erklärung besonderer Art war die des Ministerialdirektors Dr. Brecht auf eine Anfrage des Reichsgerichtspräsidenten nach der Bedeutung der Neuerung des Reichsfinanzlers über das Nichtvorhandensein von Vereinbarungen mit der NSDAP, über eine Ablegung der preußischen Regierung. Dr. Bumke hatte nähere Erklärungen gefordert mit dem Hinweis darauf, daß ein Kanzlerwort so feststellen müsse wie ein Kaiserwort, an dem nicht zu drehen und nicht zu deuten sei. Herr Brecht wünschte für seine Minister, daß auch deren Worte so fest wie Kaiserworte angesehen werden mühten. Den Schluss bildete dann noch eine Erklärung des Reichsfinanzlers, daß auch nicht etwa auf irgendwelchen Umwegen Vereinbarungen mit der NSDAP getroffen worden seien. Nächste Sitzung Freitag vorm. 15.10 Uhr.

Aus der Wahlbewegung.

Eine Rede Hungenbergs in Stendal.

Stendal, 14. Oktober. (Eig. Meldg.) Dr. Hungenberg hielt gestern in einer deutsch-nationalen Wahlversammlung eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Das politische Problem für Deutschland kommt auf die Frage hinaus, ob wir den Staat oder die Partei wollen. Wenn wir Deutschen den neuen Kurs, der mit der Regierung Papen eingeleitet wurde, bewußt unterstützen, dann tun wir das, weil wir uns bei der Frage, ob wir den Staat oder die Partei wollen, für den Staat entscheiden. Wir sind nicht Gegner des Parlaments an sich, das als Kontrollorgan der Regierung eine große Bedeutung haben kann: wir sind Gegner des Parlaments als Regierungsorgan. Wir sind auch nicht Gegner der Parteien an sich, sondern nur Gegner der Parteien der Parteiherrschaft. Mehrheitsentscheidungen in Schallsäulen des Volkes sind immer Freiheitsentscheidungen gewesen. Das war in Deutschland anlässlich der Friedensresolution von 1917 so. Es war so bei der Abstimmung über den Versailler Vertrag, über den Dawesvertrag, über den Youngvertrag. Wirkliche Entscheidungen sind in Deutschland meist nur gegen Parlamentsmehrheiten erzwungen worden. Der Regierung rufen wir die ernste Mahnung zu, daß sie sich in ihrer Aufräumungsarbeit, die Voraussetzung für jeden Wiederaufbau ist, nicht durch das Geschrei berürgen beirren läßt, die davon betroffen sind. Vor allem darf die Regierung nicht vor den Türen des Zentrums halt machen. Die Amtsenthebung der Braun und Severing und

die Beseitigung des Schwarz-roten Systems als „Reaktion“ zu brandmarken, entspricht parteipolitischer Demagogie. Was hier geschieht, ist kein Rücktritt, sondern eine notwendige Tat gegenüber einem rücksichtslosen, längst überlebten System.

Nicht Partei, sondern Staat, nicht Parlamentsherrschaft, sondern verantwortliches Führeramt. Dafür tritt die Deutsche Nationalsozialistische Volkspartei in den Wahlkampf.

Nationalsozialistische Wahlkundgebungen.

Hilfer in Altenberg und Gunzenhausen.

Nürnberg, 14. Oktober. (Eig. Meldg.) Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei veranstaltete gestern abend in der städtischen Gesellschaft eine Wahlkundgebung, in der zunächst Reichstagsabgeordneter Streicher sich mit der Auflösung des Reichstages beschäftigte und Adolf Hitler als den Führer der Nation feierte. Hitler ergriff sodann das Wort zu einer Rede, in der er schwere Kritik am Papen-Wirtschaftsprogramm übte und erläuterte, warum er am 13. August das Angebot des Bismarckkabinetts ablehnte. Er habe sich zu gut dafür gehalten, im Kabinett Papen eine „Raritätsfigur“ darzustellen. Die nächste Aufgabe des Nationalsozialismus sei, die Regierung Papen zu stürzen. Ferner der nationalsozialistischen Bewegung jedoch sei: Ein Volk, ein Reich.

Um gestrigen Nachmittag hatte Adolf Hitler auf dem Sportplatz in Gunzenhausen in einer halbstündigen Ansprache in ähnlicher Sinne gesprochen.

Kampf gegen hochverrätersche Schriften.

Berlin, 13. Oktober. (Eig. Meldg.) Im Laufe des Vormittags fanden in Berlin und in ganz Deutschland an zahlreichen Stellen auf Veranlassung des Oberrechtsamtes Durchsuchungen der Geschäftsräume kommunistischer Organisationen statt, um illegalem und hochverräterschem Schriftmaterial nachzuspüren. Über das Ergebnis der Aktion ist noch nichts bekannt.

Vor einem ganzjährigen Südamerika-Verkehr?

„Graf Zeppelin“ vor der Ankunft in Rio.

Hamburg, 13. Oktober. Wie die Hamburg-Amerikalinie mitteilt, hat das Luftschiff „Graf Zeppelin“ seine Ozeanüberquerung in der Nacht zum Donnerstag beendet und ist bereits um 8 Uhr früh zur Weiterfahrt von Pernambuco nach Rio de Janeiro aufgestiegen, wo es am Freitag in den frühen Morgenstunden erwartet wird.

Dr. Eckener hat seinen dreiwöchigen Aufenthalt in Rio de Janeiro dazu benutzt, um dort den regelmäßigen ganzjährigen Zeppelinverkehr nach Südamerika vorzubereiten.

man feststellen mußte, daß ein ganzer Schrank mit chirurgischen Sägen eines Nachts abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden war. So erhielt ich denn schließlich den Auftrag, dort eine warme Sommernacht inmitten dieser Desinfektionsmittelgerüche zu verbringen. Auf langen Treppen lagen nicht weniger als sechs in verschiedenster Weise zerlegte Leichen. Mir gegenüber hing hinter einer Tür ein vollständiges Skelett, dessen Glieder für Lehrzwecke mit Draht verbunden worden waren. Stunde um Stunde verstrahlte, ohne daß sich das Geringste ereignete. Erst als es anfangs zu dämmern begann, hörte ich auf dem Flur schlurfende Schritte. Vaillios erhob ich mich von meinem Sitz und standte gebannt auf die im Dunkel liegende Tür. Ich war bereit, mich unverzüglich auf den Einbreling zu stürzen. Plötzlich ein Stoß — die Tür flog angelweit auf und knallte gegen die Wand. Ein unheimliches Rasseln, gefolgt von einem durchdringenden Schrei des Entzehens, und ein Mann wälzte sich wie irrsinnig auf dem Fußboden des Sezierraumes. Auf ihm lag das Skelett, das sich infolge der Erhöhlung von der Wand gelöst und im Fallen den Einbrecher zu Boden gerissen hatte. Der Kerl, ein Verwandter des Besitzers, befreizigte sich an der Stelle im Liegen, und ich hatte Mühe, ihn überhaupt auf die Beine zu bringen, so war ihm der Schred in die Glieder gefahren. „Reiten Sie mich vor dem da!“ flehte er mich an. Erst als ich das Licht einschaltete und ihm das am Boden liegende Skelett zeigte, beruhigte er sich und ließ sich von mir zur nächsten Polizeiwache abführen.

Einer der furchtsamsten Männer, den ich unter dem Personal des Buckingham-Palastes kennen lernte, war ein Palai, der sich durch seine zahlreichen Botengänge im Dienste des königlichen Hauses so manches Andenken an furchtbare Besucher — silberne Becher, goldene Uhren, wertvolle Besteck und anderes mehr — erworben hatte. Dieser Mann lebte in beständiger Furcht vor Dieben und Einbrechern und erschreckte mich wie übrigens auch andere Kriminalbeamte von Scotland Yard immer wieder um Schutz seines Eigentums. Um ihn von seiner Einbrecherfurcht zu heilen, lagte ihm gelegentlich ein Beamter, die Herren Einbrecher setzten in der Regel eine sehr dezentre Geste, komme man ihnen freundlich entgegen, so habe man es nicht zu bereuen, denn dann werde kaum etwas gestohlen. „Was verstehen Sie unter solcher Gastfreundschaft?“ wollte der Palai wissen. „Bier und Whisky und vielleicht ein paar belegte Brötchen?“ — „Ja, so ungefähr“, erwiderte der Beamte, doch genügten vermutlich schon einige Flaschen Scotch, um jeden Einbrecher stehlfähig zu machen.“ Seitdem verging kein Abend, da unser Palai nicht diese Art von „Gastfreundschaft“ bei sich zu Hause unter Beweis stellte. Wir unterließen verfehlten nicht, ihn wieder und wieder danach zu fragen, ob die Herren Einbrecher seine Wohnung bereits mit ihrem nächtlichen Besuch beehrt hätten, was er wahrscheinlich verneinte. Eines Abends aber kam er in unerwartetem Aufzug und rief uns freudestrahlend zu: „Also Jungs, ich schmeiße eine Runde oder zwei — loviel Ihr wollt! Ihr habt mir meine Wertachen gerettet! Gestern nacht waren Einbrecher in meiner Wohnung und tranken meine ausgestellten Flaschen Scotch bis auf den letzten Tropfen leer. Dann verschwanden sie, ohne auch nur das Geringsste mitzunehmen.“

So kamen wir zu einigen Freirunden, hüteten uns allerdings, unferrem gütigen Spender zu verraten, daß wir selbst — die Einbrecher gewesen und dabei dank der Furchtlosigkeit des Gefrorenen noch besser auf unsere Kosten gekommen waren.